

› KOALITIONSVERTRAG

zwischen der Hamburger SPD und den Hamburger Bündnis 90/Grüne für die kommende Legislaturperiode

Auswertung:

Allgemein

- › Großes Leitthema ist der Klimaschutz.
- › Zur Erreichung eines postfossilen Zeitalters gehören die Umgestaltung der Mobilität und anderer energieintensiver Bereiche.
- › Zur Steuerung soll das Beteiligungsmanagement Projekt BeMaZ fortentwickelt werden.
- › Eine Nachhaltigkeitsbilanzierung wird eingeführt.
- › Die Parteien vereinbaren eine Erhöhung des Frauenanteils in den Geschäftsführungen der kommunalen Unternehmen.
- › In den kommenden 2 Dekaden sollen alle öffentlichen Unternehmen bilanziell klimaneutral werden.

Wasserstoff

- › Die Wasserstoffwirtschaft soll europäisch und international ausgebaut werden. Es wird eine behördenübergreifende Lenkungsgruppe für ein neues Cluster Wasserstoffentwicklung eingerichtet.
- › Der Einstieg in eine grüne Wasserstoffwirtschaft soll durch die Weiterentwicklung Power to heat und Speichertechnologien durch Wärmewende und Sektorenkopplung erreicht werden.
- › HH plant ein Zentrum der Wasserstoffindustrie und innovativer Speichertechnologien.

Landstromnutzung

- › Die Landstromnutzung durch die Schifffahrt soll deutlich verbessert werden (in Zusammenarbeit mit anderen norddeutschen Hafenstädten).

Wärmewende

- › Die Wärmewende soll vorangetrieben werden. Spätestens 2030 soll die Wärme ohne Kohle erzeugt werden.

Wasser/Abwasser

- › Zur langfristigen Sicherstellung der Trinkwasserversorgung müssen weitere Wasserschutzgebiete ausgewiesen werden.
- › Es ist weiter geplant, eine Trinkwasseragenda zu erstellen.
- › Es soll eine 4. Reinigungsstufe im Klärwerk Dradenau geprüft werden.

Kommunale Unternehmen allgemein

- › Vorhandene Synergiepotentiale der rekommunalisierten Hamburger Unternehmen sollen unter Wahrung der Arbeitnehmer*inneninteressen und der jeweiligen Stellung im bisherigen Konzernverbund verstärkt ausgebaut und als Ziel ein einheitlicher Markenauftritt aller kommunalen Hamburger Unternehmen (one face to the customer) geschaffen werden.
- › Im Rahmen einer Fachkräftestrategie sollen mindestens 2500 Wohnheimplätze pro Dekade bereitgestellt werden.